

STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses (02/FiP/2012)

am 02.02.2012

im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanz- u. Personalausschusses am 28.11.2011
-öffentlicher Teil-
0057/2011/1.1
7. "Kontrakt 2012", Zielvereinbarung des Rates mit der Bürgermeisterin;
Antrag der SPD-Fraktion auf Rückübertragung von Befugnissen in Personalangelegenheiten
0042/2011/1.3/1
8. Dringlichkeitsanträge
9. Anfragen
10. Wünsche und Anregungen
11. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet um 17.50 Uhr die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die Tagesordnung wird beschlossen. Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Eilentscheidungen sind nicht bekannt zu geben.

zu 5 Bekanntgaben

Keine

**zu 6 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanz- u. Personalausschusses am 28.11.2011
-öffentlicher Teil-
0057/2011/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Entfällt.

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	7
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	2

zu 7

**"Kontrakt 2012", Zielvereinbarung des Rates mit der Bürgermeisterin;
Antrag der SPD-Fraktion auf Rückübertragung von Befugnissen in Personalangelegenheiten
0042/2011/1.3/1**

Sach- und Rechtslage:

Hingewiesen wird auf die Sitzungsvorlage 0042/2011/1.3 und dem daraufhin erfolgten Ratsbeschluss vom 7.12.2011: **„Der Rat der Stadt Norden befürwortet die Rückübertragung der Befugnisse in Personalangelegenheiten auf den Rat bzw. auf den Verwaltungsausschuss. Dazu erarbeitet die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Finanz- u. Personalausschusses zusammen mit der Politik einen Beschlussvorschlag.“**

Mit Schreiben vom 5.1.2012 beantragt die SPD-Fraktion, dass über die Ernennung, Versetzung zu einem anderen Dienstherrn, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung der Beamtinnen und Beamten bis zur Besoldungsgruppe A 9 der Verwaltungsausschuss entscheidet. Der Antrag ist dieser Sitzungsvorlage beigelegt.

Sofern dem Antrag der SPD-Fraktion gefolgt wird, sollte die Delegation die Klarstellung beinhalten, dass die Zuständigkeitsregelung auch das Amt des / der Stadtinspektors/der Stadtinspektorin (= Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt) umfasst.

Mit einem weiteren Schreiben vom 5.1.2012 beantragt die SPD-Fraktion, dass über die Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bis zur Entgeltgruppe 6 die Hauptverwaltungsbeamtin bzw. der Hauptverwaltungsbeamte entscheidet. Der Antrag ist dieser Sitzungsvorlage beigelegt.

Sofern dem Antrag der SPD-Fraktion gefolgt wird, sollte die Delegation auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Soz.-Betriebe umfassen. Für diese Beschäftigten gibt es gesonderte tarifliche Entgeltgruppen (sog. S.-Entgeltgruppen). Die Entgeltgruppe 6 entspricht in ihrem tariflichen „Rang“ der Entgeltgruppe S 6 in den sozialen Berufen.

Vorschlag: Aus Gründen der Klarheit müsste eine Beschlussformel wie folgt lauten „...bis **einschließlich** Entgeltgruppe.....“

Auf die Anlage (Delegationsregelungen als Übersicht) wird hingewiesen.

Erster Stadtrat Eilers führt aus, dass die Verwaltung sich eindeutig erklärt habe. Sie sei mit dem Antrag der SPD-Fraktion nicht einverstanden.

Ratsfrau van Gerpen weist zunächst darauf hin, dass es sich nach Rücksprache mit der Beigeordneten Kolbe nunmehr um einen Gruppenantrag handle. Anschließend stellt sie den Antrag vor und betont, dass die rechtlichen Befugnisse neu geregelt werden sollen. Die neue Mehrheit wolle Verantwortung übernehmen.

Die Bezeichnung des Tagesordnungspunktes sei falsch – es müsse Neuregelung von Befugnissen und nicht „Rückübertragung“ heißen. Das ursprüngliche Recht liege beim Rat. Ausserdem sei der Kontrakt 2012 nicht Gegenstand der Diskussion. Dieser sei nach wie vor gültig. Das habe die Kommunalaufsicht auf Nachfrage bestätigt.

Ratsfrau van Gerpen bittet um folgende redaktionelle Änderungen: Beim Antrag 1 soll es heißen „...bis zur Besoldungsgruppe A 9 (Laufbahngruppe 1)“ und in dem Antrag 2 „...bis zur Entgeltgruppe 6 bzw. vergleichbar Entgeltgruppe S 5 (Beschäftigte im Sozialbereich)“.

Erster Stadtrat Eilers ruft in Erinnerung, dass mit den Kontrakten 2007 und 2012 eine Erfolgsgeschichte geschrieben wurde. In höchster Finanznot seien diese Zielvereinbarungen getroffen worden, um den Haushalt zu sanieren. Dies sei auch mit Hilfe des Landes Niedersachsen gelungen. Die positiven Jahresergebnisse belegen dieses nachhaltig. Die Mitarbeiter haben gemeinsam mit dem Personalrat eine restriktive und sparsame Personalbewirtschaftung unterstützt. Das Neue Steuerungsmodell wurde eingeführt und das Neue Kommunale Rechnungswesen implementiert. Voraussetzung für alle Maßnahmen und Projekte sei die dezentrale Ressourcenverantwortung. Die beantragte Regelung stelle für die Verwaltung einen Rückschritt um 10 – 15 Jahre dar, der mit zusätzlichem bürokratischen Aufwand und Kosten verbunden sei. Die Fachbereiche und Fachdienste - nicht der Verwaltungsvorstand - suchen das Personal nach Bedarf aus, um gute Leistungen zu gewährleisten. So solle es aus Sicht der Verwaltung auch bleiben.

Ratsfrau van Gerpen betont nochmals, dass der Rat lediglich seine im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz verankerten Befugnisse wahrnehmen möchte. Durch planvolles Vorgehen seien auch künftig schnelle Entscheidungswege möglich. Die Politik solle an dem Personalauswahlverfahren und den Vorstellungsgesprächen mit 1 bis 2 Personen beteiligt werden.

Ratsherr Ulferts verweist auf die ostfrieslandweite Sonderstellung der Stadt Norden. Nirgends gäbe es so weitreichende Befugnisse für die Verwaltung. Die Neuregelung der personellen Befugnisse stelle die Bürgerbeteiligung sicher. Es gehe ihm nicht um eine Einzelbewertung, sondern um personelle Schwerpunkte.

Ratsfrau Lütkehus möchte wissen, welche Vorteile für den Rat und die Bürger, z. B. bei der Auswahl von Bewerbern, gesehen werden. Aus ihrer Sicht entstünden lediglich höhere Kosten und langsamere Entscheidungsprozesse.

Ratsfrau van Gerpen antwortet, dass die Politik Informationen über den jeweiligen Arbeitsplatz und den Bewerber bekomme und Eindrücke mitnehmen könne. Die politische Mitwirkung sei wichtig bei der Ausgestaltung einer Verwaltung und der Neustrukturierung von Arbeitsplätzen. Mögliche Sorgen könnten auf breitere Schultern verlagert werden.

Ratsherr Wallow plädiert dafür, den mittleren Bereich beim Hauptverwaltungsbeamten zu belassen und macht anhand von Beispielen deutlich, dass der zusätzliche zeitliche Aufwand der Ratsmitglieder in keinem angemessenen Verhältnis zum Informationsgewinn stehe. Besser sei es, das Berichtswesen zu optimieren. Mit den bisherigen Regelungen sei Norden in Ostfriesland führend.

Ratsherr Glumm stellt fest, dass die im Kontrakt 2012 vereinbarte Deckelung der Personalkosten und der Planstellen für die CDU-Fraktion an oberster Stelle stehe. Detailinformationen seien nicht erforderlich. Die Ergebnisse zählen.

Der Vorsitzende möchte Mehrbelastungen der Verwaltung verhindern. Es komme auf Transparenz und Demokratie an. Es könne nicht angehen, dass die Politik über die Presse von der Ausschreibung wichtiger Stellen und vorgenommenen organisatorischen Veränderungen erfahre. Das neue Verfahren solle jetzt ausprobiert und wenn erforderlich ggfls. auch wieder angepasst werden.

Beigeordnete Kolbe spricht sich für die Beibehaltung der restriktiven und sparsamen Personalbewirtschaftung aus. Es solle ein demokratisches Recht verwirklicht werden. Das werde sicherlich nicht dazu führen, dass Vorstellungsgespräche im Verwaltungsausschuss stattfinden. Vielmehr gehe es um die politische Teilhabe. Die Verwaltung solle die Bewerberlage künftig vorstellen.

Der Vorsitzende bittet sodann um die Abstimmung über den von der Ratsfrau van Gerpen reaktionell angepassten Antrag der Gruppe „SPD-Bündnis90/Die Grünen“.

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt:

1. **Der Rat der Stadt Norden befürwortet die Neuregelung von Befugnissen in Personalangelegenheiten für den Verwaltungsausschuss und den Hauptverwaltungsbeamten/die Hauptverwaltungsbeamtin.**
2. **Der Rat möge folgende Übertragung der Befugnisse an den Verwaltungsausschuss beschließen:**
Der Verwaltungsausschuss beschließt im Einvernehmen mit der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten über die Ernennung, Versetzung zu einem anderen Dienstherrn, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung der Beamtinnen und Beamten gem. § 107 Abs. 4 Satz 1 1. Halbsatz des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes bis zur Besoldungsgruppe A 9 (Laufbahngruppe 1).
3. **Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:**
Der Verwaltungsausschuss überträgt auf die Hauptverwaltungsbeamtin oder den Hauptverwaltungsbeamten die Befugnis über die Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bis zur Entgeltgruppe 6 bzw. vergleichbar Entgeltgruppe S 5 (Beschäftigte im Sozialbereich).

Stimмерgebnis:	Ja-Stimmen:	5
	Nein-Stimmen:	4
	Enthaltungen:	0

zu 8 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 9 Anfragen

Keine

zu 10 Wünsche und Anregungen

Keine

zu 11 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt um 18.37 Uhr die öffentliche Sitzung. Anschließend wird die unterbrochene nichtöffentliche Sitzung fortgesetzt.

Der Vorsitzende



Wimberg

Die Bürgermeisterin
In Vertretung:



Eilers
Erster Stadtrat

Der Protokollführer



de Boer

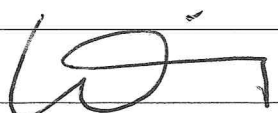
Anwesenheitsliste

für die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 02.02.2012
im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15

Sitzungsdauer von 17.02 Uhr bis 18.55 Uhr

Name	Vertreter/in	Unterschrift	Mitwirkungsverbot
------	--------------	--------------	-------------------

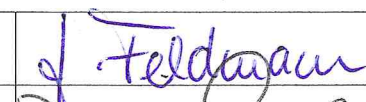
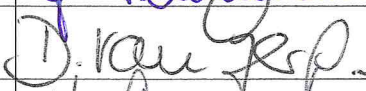
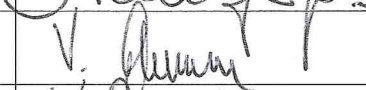
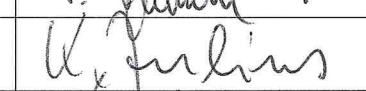
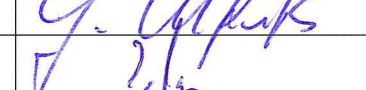
Vorsitzende/r

Wimberg, Theo			
---------------	--	--	--

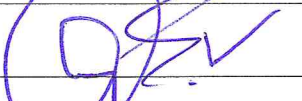
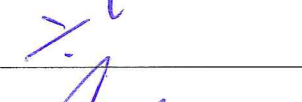
Stellv. Vorsitzende/r

Kolbe, Kerstin			
----------------	--	--	--

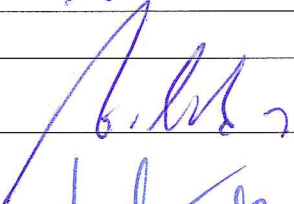
Mitglieder des Ausschusses

Feldmann, Julia			
Gerpen van, Dorothea			
Glumm, Volker			
Julius, Karlheinz			
Lütkehus, Peter	Lütkehus, H.		
Ulferts, Günther			
Wallow, Johannes			

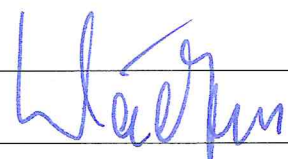
Von der Verwaltung

Schlag, Barbara			
Eilers, 1. Stadtrat			
Harms, 1			
Wiards, 1.1			

Protokollführer/in

de Boer, 1.2			
--------------	--	--	--

Gäste

H.-G. Wachsm			anwesend bis 18.45 Uhr

Zuhörende Ratsmitglieder

Gerd Fittig			gewählt 6.7.18.45 Uhr
Manfred Plache			